

Wahlprogramm Abgeordnetenhauswahl 2006 in Berlin

Berlin ist nach Jahren der unterschiedlichsten Koalitionsregierungen ruiniert. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wieder einmal die Zeche zahlen. Der mit wohltönenden Versprechungen angetretene rot-rote Senat hat die verheerende Finanzpolitik seines Vorgängers nicht beendet, den Banken-Skandal nicht aufgeklärt, sondern verschleiert und führt die Stadt weiter in den Ruin.
Statt dessen wird das Eigentum des Landes versilbert. Um die Folgen der Misswirtschaft des Diepgen/Böger-Senats auszugleichen, werden bedenkenlos gemeinwirtschaftliche Einrichtungen dem privaten Gewinninteresse internationaler Investmentfonds ausgeliefert.
Mehr noch. Statt den Käufern präzise und einklagbare Handlungsbedingungen aufzutragen, sehen sich die Bürgerinnen und Bürger Berlins den Verwertungsinteressen global handelnder Konzerne unterworfen. Hinzu kommt, dass die öffentliche Hand den Käufern den Gewinn garantieren, also private Verluste mit öffentlichen Mitteln ausgleichen muss.

Diese Politik wollen wir beenden!

Das NEUE FORUM tritt für einen andere Politik ein: Eine Politik, die nicht hinter verschlossenen Türen mauschelt, sondern für Öffentlichkeit und Verantwortung des Regierungshandelns sorgt.
Das NEUE FORUM steht seit seiner Gründung für Bürgerbeteiligung und Demokratisierung sämtlicher öffentlichen Entscheidungsstrukturen.
Für das NEUE FORUM stehen Politik und Verwaltung im Dienst der Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen dieser Stadt sollen wieder die Möglichkeit erhalten, ihre Politik selbst zu gestalten. Deshalb:

Demokratisieren statt Privatisieren!
Ohne Transparenz keine Demokratie!

Als aus der Bürgerbewegung der demokratischen Revolution von 1989 hervorgegangene politische Organisation tritt das NEUE FORUM ein für

Bürgerdemokratie statt Parteiendiktatur!

1. Wirtschaftspolitik

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger Berlins auch künftig über die Infrastruktur des Gemeinwesens selbst bestimmen können.
Deshalb:

Keine Privatisierung von Landeseigentum,
das der Existenzsicherung der Bevölkerung dient!

Dazu gehören Wasser, Abwasser, Energie, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Sparkassen und Wohnen.

Keine Privatisierung von öffentlichem Grund und Boden! Annullierung bereits erfolgter Privatisierungen und Rechenschaft über die bisherige Politik des Verschleuderns öffentlichen Vermögens! Nach einer Wahlperiode der Vertuschung und Vernebelung ist es Zeit, dass die Berlinerinnen und Berliner endlich die Wahrheit über die Skandale bei der Berliner Bankgesellschaft, beim Bau des Tempodroms und beim Verkauf der Berliner Wasserwerke, der Bewag und von kommunalen Wohnungsgesellschaften erfahren.

Die Entscheidungen über die Verwendung und Verwertung öffentlichen Eigentums dürfen nicht länger das Monopol einer unkontrollierten Bürokratie sein.
Deshalb:

Demokratisierung statt Verstaatlichung!

Das heißt Einbinden von Betroffenen-Vertretungen, Bürgerinitiativen, Verbraucherschutz-Organisationen und unabhängiger Verbände in die Kontrolle landes- und kommunaleigener Betriebe.

Das NEUE FORUM tritt ein für

Transparenz in der Wirtschaftsförderung!

Das heißt Offenlegung und öffentliche Diskussion der Vergabe von Fördermittel für private Wirtschaftunternehmen, öffentliche Tagungen des Haushaltsausschusses!
Vorrang für die Unterstützung von Kleingewerbe und Kleinunternehmen statt für Großkonzerne und Gewerbegebiete!
Förderung von Wirtschaftsunternehmen nur dann, wenn sie Arbeitsplätze schaffen und vertraglich sichern!
Landesbürgschaften für Kleingewerbe, Kleingeschäfte, gastronomische Einrichtungen und Handwerker, die in kurzfristige oder mittelfristige finanzielle Schieflagen geraten sind.
Schluss mit dem Ruinieren von Unternehmen durch die skandalöse Zahlungsmoral der öffentlichen Hand. Das Land Berlin muss seine Rechnung pünktlich bezahlen, anstatt die Erwerbslosen der zugrunde gerichteten Firmen zu finanzieren!
Mietpreissicherheit für Wohn- und Gewerbemieten!

2. Sozialpolitik

Das NEUE FORUM lehnt die Sozialpolitik der Umverteilung von unten nach oben ab.
Wir fordern ein Ende der Zwangsumzüge für ALG-II-Empfänger. Diese Form des sozialen Terrors demütigt die Schwächsten in unserer Stadt. Sie trägt zugleich dazu bei, die Mieten für alle in die Höhe zu treiben.
Keine Ein-Euro-Jobs in der öffentlichen Verwaltung und in landeseigenen Betrieben!
Das NEUE FORUM fordert die Einführung eines Sozialtickets für 15 Euro.

3. Innen- und Sicherheitspolitik

Die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen inmitten dieser Stadt Menschen auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis gesperrt werden, weil sie nicht Bürger dieses Landes sind, sind mit einer Demokratie unverträglich. Deshalb fordern wir die Schließung der Abschiebeknäste.

Wir fordern:

Die Berufung eines Landesbeauftragten für Menschenwürde!
Dieser Landesbeauftragte muss Rede- und Antragsrecht im Abgeordnetenhaus und Einsichtsrecht in Verwaltungsvorgänge bzw. Interventionsrecht in laufenden Verfahren haben!

Das NEUE FORUM hat sich immer für die Auflösung aller Geheimdienste eingesetzt.
Wir treten ein für die Auflösung des Landsamtes für Verfassungsschutz.
Es gibt keine legalen Aufgaben des Verfassungsschutzes, die nicht durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte auf gesetzlicher Grundlage gelöst werden könnten. Alle geheimdienstlichen Tätigkeiten sind weder parlamentarisch noch öffentlich kontrollierbar.

Das NEUE FORUM fordert die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Exekutivbeamte, wie z. B. Polizisten, Vollstreckungsbeamte u. ä. Das erhöht die Rechtssicherheit aller Bürgerinnen und Bürger, nicht zuletzt auch die der Beamten selbst.

Das NEUE FORUM fordert die Beendigung neuer Verbeamtungen in der Verwaltung der Stadt.
In dieser Gesellschaft stoßen Täter auf großes Interesse.
Den Opfern und ihren Traumatisierungen hingegen wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt:
Opfern krimineller und staatlicher Gewalt, dazu gehören auch die Opfer des DDR-Unrechts muss in jedem Falle öffentliche Unterstützung zuteil werden, selbst wenn es nicht gelingt, die Täter zu ermitteln.
Die Verfahren der Wiedergutmachung müssen entbürokratisiert werden.
Aufarbeitungsinitiativen, Opferverbände und Opferschutzorganisationen müssen institutionell gefördert werden.

Das heutige Abgeordnetenhaus dient in seiner Mehrheit nur noch als Akklamationsmaschine des Senats. Es muss aber die Exekutive kontrollieren. Das NEUE FORUM will eine bürgernahe Arbeit von Parlament und Regierung.
Deshalb fordert das NEUE FORUM

Klare Trennung von Exekutive und Legislative!

Leitende Verwaltungsposten werden nicht durch Partei- und Parlamentsmitglieder der eigenen Partei oder Fraktion gestellt, sondern öffentlich ausgeschrieben und öffentlich mit den jeweiligen Verbänden diskutiert.

Nebeneinkünfte der Abgeordneten sind offen zu legen.

4. Berlin – Umwelthauptstadt Europas

Im Ballungsraum einer Großstadt ist der gedankenlose Umgang mit der natürlichen Umwelt in besonderem Maße spürbar.
Deshalb unterstützt das NEUE FORUM eine ökologisch orientierte Baupolitik, die Förderung von Solar-, Regenwassersammel-Anlagen und Blockheizkraftwerken, die vorzugsweise Verwendung umweltfreundlicher Baustoffe bei Neubauten und Modernisierungen.

5. Das NEUE FORUM fordert eine ökologische Wende in der Berliner Verkehrspolitik.

Wir treten ein für:

- Einführung einer allgemeinen Maut für den motorisierten Individualverkehr in der Stadt innerhalb des Stadtbahnrings!

- Abschaffung der Parkraumbewirtschaftung! Statt dessen die Einführung einer Maut für den Innenstadtbereich in Verbindung mit der Umweltkarte!

- Verdichtung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Innenstadt! Ausbau von Straßenbahnlinien und sicheren Radwegen!

- Schließung der innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof! Kein Ausbau des Flughafens Schönefeld! Statt dessen Ausbau des Flughafens in Sperenberg und Anbindung des Flughafens durch direkte Bahnverbindungen!

6. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Der Reichtum einer Stadt, die nicht über Ölquellen, Kohlengruben oder andere natürliche Ressourcen verfügt, liegt in der Intelligenz ihrer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb:

Ausgaben für Bildung und Wissenschaft
sind Investitionen in die Zukunft!

Die Kürzung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter verfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorwänden ist Betrug an der Zukunft der Stadt.

Das NEUE FORUM tritt dafür ein,

- den Besuch von Kindertagesstätten für alle Kinder entgeltfrei anzubieten,
- sofort so viele Lehrerinnen und Lehrer an den Berliner Schulen einzustellen, daß das Erteilen von Unterricht ohne Ausfallstunden und ohne Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer wieder möglich wird,
- mittelfristig das dreigliedrige Schulsystem in Berlin abzuschaffen und durch eine gänzlich neue Schulform zu ersetzen, die die Isolation und Ausgrenzung sozial schwacher Schülerinnen und Schüler verhindert,
- die Lehrmittelfreiheit an den Berliner Schulen wieder einzuführen
- unter Beibehaltung von Deutsch als Unterrichtssprache für Kinder aus Migrantenfamilien Muttersprachunterricht einzuführen, der - über die Möglichkeit der Identifikation - die Integration der Kinder wie die ihrer Eltern in Gesellschaft und Kultur befördert.

Das NEUE FORUM lehnt die Einführung von Studiengebühren ab und steht für die Förderung intellektueller Fähigkeiten unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern.
Jedem Schulabgänger muss eine Lehrstelle garantiert werden. Wo die private Wirtschaft dieses Angebot nicht gewährleisten kann, muss das Gemeinwesen Lehrangebote sichern.

Das NEUE FORUM tritt für den Erhalt der kulturellen Einrichtungen ein.
Der Vorteil einer Weltstadt besteht in der Vielfältigkeit ihres kulturellen Lebens. Die Theater, Opern, Museen, Galerien, Ausstellungen und Festivals dürfen nicht zum Privileg weniger Vermögender werden, sondern müssen offen für alle bleiben!